

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 282-295. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung: Goldstr. 9-5 Uhr. Verleger: Demolits-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507.

# Generalsturm gegen Arbeiterrechte.

## Die Ruhrindustriellen verlegen deutsche Gesetze.

Dortmund, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Gestern erschien der Geschäftsführer des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie bei dem Delegierten des Dortmunder Arbeitstages und erklärte ihm, daß der Dreischichtentag a 8 Stunden aufhöre und an dessen Stelle zwei Schichten a 10 Stunden verfahren werden müßten. Er erklärte weiter, daß 30 Proz. Arbeiter zu viel im Ruhrgebiet seien und ins unbesetzte Deutschland abgehoben werden müßten, wo sie eventuell in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Anschließend an diesen Besuch erschienen ein Vertreter des Bergbaues und je ein Direktor der Zechen „Scharnhorst“ und „Gneisenau“. Sie machten zunächst Mitteilung von dem Beschluß des Zechenverbandes, sämtliche Belegschaften zum 1. Dezember zu kündigen und erklärten weiter, daß sie es in Zukunft ablehnen müßten, ihre Betriebe als Zahlstellen für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Der Hinweis darauf, daß die Betriebe durch Verordnung des Ministers dafür bestimmt seien, wurde von den Zechendirektoren mit der Erklärung beantwortet, daß an ihrem Beschlusse nichts zu ändern sei und daß sich die Behörden mit der Tatsache abzufinden hätten!

Die Schwerindustriellen wittern Morgenluft. Ihre Erklärungen an das Dortmunder Landesarbeitsamt bedeuten nichts Geringeres, als die offene Verweigerung der Anerkennung deutscher Gesetze und deutscher Behörden. Das Ruhr und Silesien in Bayern fertig brachten, das, so wollen sie bekunden, sind wir Industrieherrn an Ruhr und Wupper noch längst imstande. Was Vaterland, was Deutsches Reich, was Preußen, was Volksgemeinschaft — wir sind die Herren, denn wir haben die wirtschaftliche Macht! Der Reichstag hat zwar in Berlin ein schönes Gebäude, er ist nach der Verfassung der Ausdruck der Volkssouveränität. Er hat das Recht, Gesetze und Bestimmungen zu erlassen. Aber ob wir uns ihnen fügen wollen, das bestimmen wir, die Herren von Stahl und Eisen, die Junker von der Ruhr! Zwar sind da auch noch Millionen von Arbeitern, deren wir bedürften, damit unser Reichtum wüchse. Aber was können diese armen Schächer uns anhaben? Wir haben sie durch glückliche Spekulation und „planmäßiges wirtschaftliches Denken“ glücklich dahin gebracht, daß sie für Papiermarktfetzen auch nicht mehr das Notwendigste zum Leben kaufen können. Sie sind körperlich zermüdet, wirtschaftlich ruiniert und ihre Organisationen zurzeit geschwächt. Also fort mit dem Achtstundentag, den die Revolution geboren, fort mit den Arbeiterrechten, die uns im Profitmachen hindern! Aber her mit den alten Herrenrechten, die wir vor dem Kriege besaßen, her mit dem Zehnstundentag, her wieder mit der ungehemmten Ausbeutungsfreiheit, die das monarchische System uns gewährte!

Allerdings sind da noch Minister und berartige schöne Dinge in Berlin. Aber hat nicht schon der selbige Dieb-Daiber den Ministern des Königs von Preußen zugerufen: „Sie können uns sonst was!“ Und sollen wir, die wir doch noch eine größere wirtschaftliche Macht repräsentieren, uns etwa von Ministern dieser Republik etwas vorschreiben lassen? Nein, nicht umsonst haben wir uns durch die Regierung des „Wirtschaftlers“ Cuno die Franzosen ins Land manövrieren lassen, nicht umsonst haben wir dafür gesorgt, daß durch die papierne Finanzierung des Ruhrkampfes der letzte Rest deutschen Kredites in der Welt verschwunden ist. Nicht umsonst haben wir dafür gesorgt, daß die Autorität der Behörden langsam aber sicher untergraben wurde. Jetzt bestimmen wir! Wenn die Herren in Berlin uns nicht mehr mit Rückschlüssen die Möglichkeit geben wollen oder können, nach Belieben Denkschriften einzutauschen, dann machen wir uns selbständig! Wir pfeifen auf Gesetz und Recht, denn hierzulande hat die „Micum“ und Poincaré zu befehlen. Diese haben die Marokkaner, die uns zur Seite stehen, wenn wir die überflüssigen deutschen Arbeiter ins unbesetzte Gebiet „abshieben“. Was kümmert's uns, daß das unbesetzte Gebiet Arbeitslose in ganzen Armeen aufweist. Mühen sie sehen, wie sie fertig werden! Wir haben lange genug deutsches Vaterland gespielt, lange genug so getan, als ob wir mit den Arbeitern gegen die Erbfeinde an einem Stränge zögen. Jetzt ist unsere Stunde gekommen, wir machen uns frei von allen Verpflichtungen gegenüber dem Reich, gegenüber dem Volk und vor allem gegenüber den Arbeitern. Diese werden nur als die Gebuldeten im großen Tempel unserer eigenen Herrlichkeit leben dürfen, wenn anders sie nicht auch „abgeschoben“ werden wollen als lästiges Pack.

Das ungefähr sind die Gedankengänge, die die Schwerindustriellen an Rhein und Ruhr beherrschen. Freilich werden sie nicht immer so offen und gewissermaßen brutal ihre innersten Ansichten an den Tag legen. Vielmehr werden sie in Erklärungen ihrer Verbände und in Erläuterungen durch die ihnen gefügige Presse manchen laibungsvollen Satz von der Notwendigkeit des Wiederaufbaues der Wirtschaft, von zukünftiger deutscher Größe und was derlei schöne Sachen mehr

sind, dem gläubigen Volke vorsetzen. In der Praxis aber verlassen sie sich auf Degoutte und seine Truppen, auf die schwindende Macht und den verschwundenen Machtwillen der Berliner Regierung. Sie wissen, daß Stresemann und seine Partei Bein von ihrem Beine sind, daß diese mit ihrem innersten Herzen ganz bei den Industriellen weilen, und daß Arbeiter- und Angestellteninteressen für sie nur zu Wahlzwecken in Betracht kommen.

Die Absichten der Industriekapitäne sind zwar seit langem bekannt, aber ihre ganze offene Durchführung haben sie sich doch ausgepart, bis sie nach dem Münchener Vorstoß der Hitler, Ludendorff, Raab und Vossow erkannt hatten, daß diese Reichsregierung nicht einmal den Willen habe, die Autorität des Reiches aufrechtzuerhalten. Jetzt glauben sie vollkommen freie Bahn zu haben.

Man darf sich nicht darüber täuschen, daß jetzt der Kampf der sich gegen die Arbeiter richtet, auf der ganzen Linie entbrennt. Was sich in Berlin in den letzten Tagen ereignet hat, beleuchtet mit Scheinwerfern die Situation. Wenn die Militärbefehlshaber den Ausnahmezustand, der ursprünglich gegen das auflässige Bayern geplant war, dazu benutzen, um die Gewerkschaftsführer vom Verhandlungsastisch hinweg zu verhaften, wenn sie mit allen Machtmitteln Wirtschaftskämpfe hungernder Arbeiter niederzuhalten suchen, so paßt das ganz in den Plan jener Unternehmer, die auch die letzten Spuren der durch die Revolution geschaffenen und durch die Weimarer Verfassung garantierten Arbeiterrechte zu beseitigen streben.

Weder die Befehlshaber noch die Industriellen sind sich freilich darüber im unklaren, daß diese Maßnahmen eine tiefe Erbitterung in der gesamten Arbeiterklasse auslösen werden. Sie wissen sicher so gut wie die Arbeiter selbst, daß in Zeiten schlechter Konjunktur die Arbeiter nicht alle ihre Machtmittel einsetzen können, ohne den letzten Rest ihres organisatorischen Zusammenhaltes aufzugeben. Aber sie sollten wenigstens aus der Geschichte gelernt haben, daß solche Gewaltaktionen gegen Arbeiterrechte in der Arbeiterklasse nie vergessen werden. Sie sollten wissen, wie schwer gerade das staatliche Leben unter den Folgen der jahrzehntelangen politischen und sozialen Unterdrückung der deutschen Arbeiter gestitten hat. Und wenn sie heute alles vergessen haben sollten, was man aus ihren Kreisen über die Opfer der Arbeiter während des Krieges und während des Ruhrkampfes gerührt und gepriesen hat, so sollten sie sich doch vor Augen halten, daß in a h diesen Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges auch einmal wieder die Zeiten des Aufstieges kommen, in denen man die Arbeiterchancen nicht als lästiges Gesindel „abshieben“ kann.

Man wird die wertschöpfende Arbeit der Millionen Hände brauchen und nach ihr schreien, wie der Hirsch nach frischem Wasser. Man wird dann wieder reden von den Interessen des Vaterlandes, von den Interessen des Deutschen Reiches, die von den Industriellen des Ruhrreviers und von ihren politischen Handlangern heute preisgegeben werden. Dann wird sich die Arbeiterklasse dessen entsinnen, was man in diesen Zeiten sozialer Not ihr angetan, und wird daraus Lehren ziehen, die nicht immer den Angelegenheiten des Reiches förderlich zu sein brauchen.

In der Gegenwart freilich werden die Arbeiter sich um so fester um ihre elaeenen Drohmationen scharen müssen, je eifriger die Stöße gegen sie geführt werden. Noch immer hat es als taktische Regel im Streit gegolten, daß man sich den Augenblick des Kampfes nicht vom Gegner diktieren läßt. Die gewerkschaftlichen Verbände werden deshalb sich auch nicht durch den Vorstoß der Industriegewaltigen verleiten lassen, das zu tun, was jenen jetzt vielleicht angenehm wäre. Sie werden indessen die Augen offen halten und ihre Maßnahmen treffen, wenn sie den Augenblick zum Kampfe für gegeben erachten. Die Sozialdemokratie als politische Vertretung der Arbeitnehmerschichten wird es an Unterstützung in diesen der Arbeiterklasse aufgezwungenen Kämpfen nicht fehlen lassen.

### Dollarkurs: 2520 Milliarden.

1 Goldmark = 600 Milliarden.

Die gestrige scharfe Erhöhung der Devisenkurse hat naturgemäß eine entsprechende Aufwärtsbewegung der Warenpreise herbeigeführt. Infolgedessen hat sich der Bedarf der Wirtschaft an Zahlungsmitteln über Nacht verdoppelt. Auf der anderen Seite erfolgt mit dem Aufhören der Diskontierung von Reichsschatanweisungen eine starke Einschränkung der Notenproduktion.

Für den heutigen amtlichen Devisenverkehr lassen bedeutend geringere Anforderungen vor. Die amtlichen Kurse blieben auf der gestrigen Höhe. Es wurde auf die hauptsächlichsten Zahlungsmittel nur 1 Prozent zuzueilt. Auch an den Märkten der Goldanleihe und Dollarschatanweisungen war heute die Nachfrage wesentlich geringer als sonst. Es zeigte sich sogar zum ersten Male seit langer Zeit einiges Angebot an Goldanleihe aus Privatkreisen. Der amtliche Dollarkurs ist 2520 bei 1 Proz. Repartierung.

Für die Arbeiter selbst aber ergibt sich aus den Vorstößen der sozialen Reaktion die zwingende Lehre, der gewerkschaftlichen Zerspaltung ein Ende zu bereiten und mit geeinten Kräften daran zu arbeiten, daß die Organisationen schlagkräftig erhalten und weiter ausgebaut werden zu einem unwiderstehlichen Sturmbock der ganzen Arbeiterklasse!

### Das Schreiben der Ruhrindustriellen.

Das Schreiben der Bergbauunternehmer im Ruhrgebiet an die Arbeitnehmergeverkschaften, auf das wir in der Abendausgabe vom Donnerstag bereits hinwiesen, hat folgenden Wortlaut:

Essen (Ruhr), den 6. November 1923.

Bunsgemäß übermitteln wir Ihnen nachstehend die in der gestrigen Besprechung von Herrn Generaldirektor Wiskott vorgetragenen Gedankengänge und Vorschläge.

Die mit der Micum abzuschließenden Verträge werden unter allen Umständen eine derartig starke Belastung der Ruhrkohle bringen, daß deren Preis weit über dem Weltmarktpreis liegen würde. Eine wesentliche Ueberschreitung des Weltmarktpreises aber müßte zu Absatzmangel und Feierschichten bzw. Erwerbslosigkeit führen. Deshalb findet die Höhe des Kohlenpreises durch den Wettbewerb mit dem Auslande ihre obere Grenze. Diese wird so niedrig sein, daß nach Abzug der von Franzosen gemachten Aufzügen und der sächsischen Unkosten ein Lohnbetrag übrigbleibt, der bei der heutigen Leistung dem Bergarbeiter ein menschenwürdiges Dasein nicht gestatten würde. Um dem einzelnen Arbeiter einen möglichst großen Anteil an der verfügbaren Lohnsumme zu gewähren, muß der Förderanteil umgehend gesteigert werden und zwar möglichst noch über denjenigen der Vorkriegszeit hinaus. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dies aber in wirksamer Weise nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit und durch vermehrten Leistungsanreiz zu erreichen. Wir schlagen Ihnen daher vor, sich mit uns über eine Abänderung des geltenden Tarifvertrages zunächst in folgenden Hauptpunkten zu verständigen:

1. Die Vorkriegsarbeitszeit wird sowohl unter Tage als über Tage wieder hergestellt.
2. Um den Bedingearbeitern einen Anreiz zu höherer Leistung zu geben, wird die Spanne zwischen Mindestlohn und Hauptdurchschnittslohn vergrößert. Der Grundlohn fällt fort.
3. Um daselbe bei den Schichtarbeitern zu erreichen, wird für jede Kategorie derselben eine obere und untere Lohngrenze festgesetzt, innerhalb deren eine Entlohnung je nach der Leistung von der Werkverwaltung bemessen wird.
4. Die Lohnspanne zwischen ungelerten und gelerten Facharbeitern wird vergrößert.
5. Die Lohnspanne zwischen jugendlichen und älteren Arbeitern wird vergrößert u. a. durch Erhöhung der Abzüge für Schlepper im Bedinge und Wiedereinführung von Abzügen für Lehrhauer.

Die Einzelheiten obiger Abänderungsvorschläge müssen den kommenden Verhandlungen vorbehalten bleiben.

Daß neben den vorgeschlagenen Abänderungen des Tarifvertrages überall, wo es möglich ist, eine Verbesserung der Betriebsmethoden in organisatorischer und technischer Beziehung einhergehen muß, ist selbstverständlich.

Glück auf!

Die Geschäftsführung: J. M. Granz.

Mit anderen Worten: Wir Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets haben mit den Franzosen einen Vertrag abgeschlossen, der auch Bergarbeiter verpflichtet, die Bedingungen anzunehmen, die wir seinerzeit der Reichsregierung vergeblich unterbreitet haben.

Die Schwerindustrie versucht also wieder einmal Reichsregierung und Arbeiterschaft vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wenn das Parlament sich nicht gänzlich ausschalten lassen will, wird es auf das unerhörte Vorgehen der Industrie, das durch die angekündigte Stilllegung des westfälischen Industriereviers ein weiteres Schlaglicht erhält, eine Antwort erteilen müssen, die Hörner und Zähne zeigt.

### Freilassung der Berliner Gewerkschaftsführer

Das Bekehrtskommando für Berlin erläßt heute folgende Verfügung:

Nachdem mir von den beteiligten Stellen versichert ist, daß der Abbruch des Streiks in den lebenswichtigen Betrieben des Buchdruckergewerbes beschlossen sei, habe ich hiermit die gegen die Vorstandsmitglieder der Berliner Verbände des genannten Gewerbes Otto Glath, Otto Gabel, Franz Jagodzinski, Robert Braun, Polenske, Gustav Hoffmann, Rasper, Albrecht am 14. November 1923 erlassenen Haftbefehle auf. Die Verhafteten sind sofort in Freiheit zu setzen. Die Einleitung des Strafverfahrens wegen Verstoßes gegen die Verordnungen vom 28. September und vom 11. November 1923 bleibt durch die Haftentlassung unberührt.

# Sie sind alle unschuldig.

## Die Mohrenwäsche beendet.

Man muß nur Geduld haben, dann klärt sich alles auf. Nach dem sich Rahr und Ludendorff tagelang beschimpft und gegenseitig die Schuld an der freilich sehr kostspieligen und nicht wieder zumachenden Fellei in Bürgerbräu in die Schuhe geschoben haben, kommt jetzt der Vorstand der bayerischen Offizier- und Regimentsvereine und dekretiert: Alles war nur ein Irrtum; die Rahr, Ludendorff, Hoffow und Seißer, sie sind alle Unschuldengel. Das Dekret steht so aus:

Erzelenz v. Rahr, General v. Hoffow und Oberst Seißer haben am Donnerstagsabend in der klaren Voraussetzung, daß ohne Täuschung der Hitler-Beute ein schwerer Konflikt entstehen würde, ihre Ehre und ihr Ansehen aufs Spiel gesetzt, um Staat und Vaterland zu erhalten und schwerste Erschütterungen zu vermeiden. Der Vorstand ist sich darüber einig, daß ein Beklagen des Bundes die deutsche Bewegung vernichtet hätte.

Ludendorff konnte die Erklärung v. Rahr, v. Hoffow und Seißers in der Bürgerbräu-Versammlung nicht als ein Täuschungsmanöver erkennen. Ludendorff hat sich daher in gutem Glauben der Bewegung angeschlossen. v. Rahr, v. Hoffow und Seißer mußten daher auf Grund der Vorgänge annehmen, Ludendorff handele im Einverständnis mit Hitler. Sie unterließen daher eine spätere Benachrichtigung des Generals Ludendorff über ihre angewandte List. Daraus entstand der unheilvolle Irrtum, daß deutsche Männer und Offiziere, wie v. Rahr, v. Hoffow und Seißer glaubten, daß ein Mann, der deutscher Heerführer war, nach einigen Stunden sein gegebenes Wort bricht und sich an einem Putsch beteiligt, den er vorher schroff verurteilt hat.

So ist denn alles wieder in Butter. Rahr hat dem Vorstand der Offiziervereine seinen Dank ausgesprochen und die „nötigen“ Schritte in der Angelegenheit Ludendorff in Aussicht gestellt. Ludendorff selbst läßt durch TL erklären, er denke nicht daran die Schughast anzutreten, da die Ursachen beseitigt sind.

In der Tat, auf einen Wortbruch mehr oder weniger kommt es bei dieser Geschichte nicht an. Die Hauptsache bleibt, daß sich die Helden, die Sieg oder Untergang schworen, möglichst glatt aus der Affäre herauswindeln. Damit werden zwar die 19 Toten nicht wieder lebendig gemacht, aber was schadet das, wenn nur die Geistesheroen Ludendorff und Rahr, die mit Hitler solange gemeinsame Sache machten, als es nicht ernst war, der Menschheit erhalten bleiben.

Die Bayerische Volkspartei dürfte sich bei dieser Mohrenwäsche wenig wohl fühlen. Ihr famoser Generalprokurator Rahr, der dazu ausersehen war, die längst unangenehme nationalsozialistische Bewegung in Schach zu halten, rettet sich jetzt allem Anschein nach in das Lager jener, auf die er noch vor kurzem schießen ließ. Da die Völkischen trotz ihrer sonstigen prinzipiellen Prinzipiosität an dem Prinzip „Pach schlägt sich, Pach verdrängt sich“ stets festgehalten haben, nimmt das nicht weiter wunder. Was aber soll die Bayerische Volkspartei tun, die plötzlich die mehr als peinliche Entdeckung macht, daß sie den Bod zum Gärtner gemacht hat?

## Bayerische Volkspartei gegen Ludendorff.

München, 16. November. (M.B.) In Erdichtung der Rolle, die General Ludendorff in den letzten Tagen gespielt hat, schreibt die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei u. a.: Daß der bedeutendste Heerführer, den die Geschichte des großen Krieges auf deutscher Seite aufweist, sich dazu hergab, mit Hitler eine Revolutionstragikomödie in den Straßen Münchens aufzuführen, das wird Deutschland dem General nicht verzeihen, denn dieses Deutschland hat Anspruch darauf, daß die Männer, denen der große Krieg Vorbeeren um das Haupt geschnitten hat, ihren Ruhm nicht mit politischen Karreieren verspielen, denn das geht auf Kosten des Ruhmes der deutschen Geschichte. Es ist keine antipreußische Gehässigkeit, wenn wir Bayern, die wir dem Heerführer mit Freuden einen Ruhefuß in unserem Lande gönnen, den stillen Wunsch hegen, die Zukunft möge uns von dem „Politiker“ Ludendorff befreien.

## Ist das nicht „marxistisch“?

München, 16. November. (M.B.) Die seit zwei Tagen erneut eingetretene Preissteigerung aller lebenswichtigen Bedarfsartikel hat

# Eine alte Irrlehre.

Von Dr. Müller.

Von viel hundert Geschichtslehrern wird heute noch eine alte Irrlehre vorgelesen, die eine ganz gewisse Tendenz verfolgt und die in den Köpfen der Jugend fortzeugend falsche Ansichten gebiert. Es handelt sich um jene rührende Geschichte, die der Patrier Menenius Agrippa erfand, um den streikenden Plebejern das Unnütze ihrer Arbeitsverweigerung darzutun. Der Jugend aber, und zwar schon auf den Schulbänken Roms, sollte und soll dadurch immerzu der Unterschied von reich und arm, von hoch und niedrig, von Herrn und Knecht als gegebene Naturnotwendigkeit sinnfällig vor Augen geführt werden. Die Geschichte lautet:

Die Plebejer, endlich müde der beständigen Uebervorteilungen durch die herrschende Klasse der Patrier, wanderten eines Tages aus Rom aus. Der Patrier Menenius Agrippa eilte ihnen nach, überlistete sie durch Erzählung einer Fabel und bewog sie zur Rückkehr. Er wandte das Gleichnis an: die Gliedmaßen, empört über den anscheinend nichtstuhenden Wagen, beschloßen, den Wagen durch ihre Arbeitseinstellung zu zwingen. Als aber dadurch der ganze Körper abgehrt, seien die Gliedmaßen (= Plebejer) wieder zur Einsicht gelangt und hätten ihre Arbeit für den Wagen (= Patrier) wieder aufgenommen.

Einmal weiß jeder geschulte Historiker, daß durch den Brand Roms (90 v. Chr.) alle älteren Aufzeichnungen ein Raub der Flammen wurden und daß damit die geschichtliche Glaubwürdigkeit dieser Erzählung wie der gesamten älteren römischen Geschichte erledigt ist. Glaubt man aber trotzdem die Fabel als belehrendes Schulbeispiel erzählen zu müssen, dann stelle man sie auch gefälligst richtig.

Jeder naturwissenschaftlich nur einigermaßen gebildete Laie weiß heute, daß die Funktionen der normalen körperlichen Organe weder reich noch arm, weder hoch noch niedrig, weder Herrn noch Knecht überhaupt zulassen. Das Prinzip des Ausgleichs, der Gleichberechtigung, der Gleichbewertung herrscht gerade im Körper (ich rede nur vom normalen) oder wird angestrebt. Eines der Hauptmomente für einen gesunden Körper ist seine gleichmäßige Blutverteilung. Ganz unbedenklich ist es, daß ein einzelnes Organ (normalerweise) für sich ein Maximum reserviert, sich ein Depot aufspeichert, während andere Organe, und gerade die, denen erhöhte Arbeitsleistung zufällt, auf ein Minimum von Zufuhr ohne Schädigung gestellt würden! Schafft sich aber ein Körper in seiner Gesamtheit einen Vorrat (z. B. an Fett) an, so läßt dieser in erster Linie gerade dem in Höchstleistung stehenden arbeitenden Organ zugute. Das Charakteristikum für den Kapitalisten ist sein Depot, ist die Anhäufung von Materielem. Wie furchtbar rächt es sich an einem einzelnen Organ (z. B. am Herzen), wenn es sich Vorräte (z. B. Fett) angehäuft hat! Es geht eben zugrunde und mit ihm

den Landesvorstehenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes der christlich-nationalen Arbeitnehmer, Sandtigsabgeordneter Gunke, veranlaßt, im Auftrage des Bundes an das Gesamtstaatsministerium und den Generalstaatskommissar ein Schreiben zu richten, in dem er auf die verzweifelte Stimmung der minderbemittelten Bevölkerung sowie der Lohn- und Gehaltsempfänger hinweist und eine dem jeweiligen Dollarkurs angepaßte sofortige Aufwertung der Renten, Löhne und Gehälter verlangt.

## Ein Hilferuf aus Bayern.

### Die sozialdemokratische Presse gefährdet.

München, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Durch das Verbot der sozialdemokratischen Presse in Bayern sind die sozialdemokratischen Parteibetriebe außerordentlich schwer getroffen. Größtenteils fehlen die Mittel, um die Arbeiter und Angestellten auch nur für eine einzige Woche über Wasser halten zu können. Ob die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge möglich ist, muß nach dem Vorkommnis in Hof bezweifelt werden. Hier wurde anlässlich eines früheren Verbotes des dortigen Parteibüros den durch das Verbot arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten ein Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung von maßgebender Stelle (Reichsarbeitsministerium? D. Red.) abgeprochen. Mit am stärksten betroffen ist die „Münchener Post“, deren Inneneinrichtung zum größten Teil dem hitlerischen Vandalismus zum Opfer gefallen ist. Von den sechs geschlossenen Schreibmaschinen wurden am Dienstagabend zwei Stück wieder dem Besitzer zugestellt, und zwar durch einen Dienstmann, dem die Maschinen von zwei unbekanntem Männern auf der Straße ausgehändigt wurden.

Um der großen Not einigermaßen abzuhelfen, erlassen Redaktion und Verlag der „Münchener Post“ folgenden Aufruf an alle Republikaner und Sozialdemokraten:

In der Nacht vom 8. zum 9. November haben hofersüchtige Banden, Angehörige „nationaler“ Verbände, in den Räumen unserer „Münchener Post“ wie Hunnen gehaust und in ihrer sinnlosen Wut alles kurz und klein geschlagen. Der angerichtete Sachschaden geht in Tausende von Billionen. Vieles ist nicht mehr beschaffbar und dauernd verloren. Gleichviel wie diese Wiedergutmachungsfrage gelöst wird, eines steht unbedingt fest: In einer Zeit, da alle rechtlichen, sittlichen und politischen Begriffe sich in heilloser Verwirrung befinden, müssen die geistigen Waffen unserer großen Bewegung schärfer und schneidender geführt werden als je zuvor. Darum heißt alle zusammen, daß die Brandstifter und Vandalen ihren Zweck der Lahmsetzung der „Münchener Post“ nicht erreichen. Alle uns Gutgesinnten mögen nach dem Grade ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihre Scherstein beisteuern zur Behebung der schlimmsten Schäden. Beiträge wollen unter dem Kennwort: „Münchener-Post-Hilfe 1928“ an die Firma G. Birz u. Co. m. b. H., München, Altheimerstr. 19, Postfachkonto München Nr. 4199, gesandt werden. Es lebe die unerschütterte Solidarität für die Sozialdemokratie, es lebe Treue und Treue, bebudet durch die Tat.

In einer stark besuchten Versammlung nahmen die Funktionäre der freien Gewerkschaften Münchens Stellung zur gegenwärtigen politischen Lage. Der Vorsitzende, Genosse Schiefer, zeichnete in Umrissen ein Bild der jetzigen Entwicklung, aus dem die Funktionäre die notwendigen Richtlinien für ihr Verhalten entnehmen konnten. Die Versammlung, die ohne Störung verlief, erhob scharfen Einspruch gegen das Verbot der sozialistischen Zeitungen und endete mit einem Treuegelöbnis der Münchener Gewerkschaften zur deutschen Republik.

## Deutschnationale Machtgelüste.

### Graf Westarp über die „Regierung des Vertrauens“.

Die starke Erregung innerhalb der sogenannten nationalen Kreise über die Münchener Vorgänge kommt auch in den öffentlichen Versammlungen der Rechtsparteien zum Ausdruck. Die Sympathien der Anhänger der Rechtskreise sind dabei offensichtlich viel mehr auf der Seite Hitlers und Ludendorffs als auf der Seite des „ultramontanen“, „von den Jesuiten gekauften“, „verräterischen“ Generalstaatskommissars v. Rahr. In einer öffentlichen Versammlung in Tempelhof verurteilte Graf Westarp gestern das Bargehen Hitlers und Ludendorffs als politisch unklug. Er machte dann

der ganze Körper. Solche Depotanlagen in einzelnen Organen sind krankhafte Erscheinungen, sie schädigen den Gesamtorganismus.

Der Mensch in seiner kurzfristigen Selbstsucht widerstrebt diesem Naturgesetz, das ihm die Solidarität auferlegt. Ganze Volksschichten können an Unterernährung, Tuberkulose, Strophulose, Rachitis in einem Staatskörper zugrunde gehen, während dem Magen anderer die ausgefuchtesten Leckerbissen zugeführt werden, während der Reiche sich sein „Depot“ anlegt, womöglich noch im Ausland.

So sieht also das Schulbeispiel, jene alte Irrlehre, aus. Und man wird hoffentlich künftig das Beispiel meiden, um daran etwa die „gegebene Naturnotwendigkeit“ der Monarchie klarzumachen. Kapitalismus züchtet den Imperialismus. Gerade die Naturwissenschaften weisen auf die Republik hin, und wir wünschen, daß auch in der Geschichte mehr Licht werde! —

## Physiologische Geschlechtsumstimmung.

Seit Jahren werden Experimente gemacht, um das Geschlecht eines Tieres in das entgegengesetzte Geschlecht umzuwandeln. Die bisher übliche Methode des Uterustransfers von Keimdrüsen hat nicht zu betriebligen Ergebnissen geführt; bei Insekten war auf diesem Wege eine Geschlechtsumstimmung überhaupt nicht möglich, wie Meisenheimer, Kellog u. a. zeigten, und bei Säugtieren wurden nur Scheinerfolge erzielt. Wenn auch in den Versuchen von Steinach, Schulz, Sand u. a. die Meerfischweibchen- oder Rattenmännchen völlig weiblich entwickelte Milchdrüsen und sonstige weibliche Merkmale aufwiesen, falls ihnen an Stelle der Hoden Eierstöcke eingepflanzt wurden, so waren die Tiere doch niemals instande, Nachkommen zur Welt zu bringen; sie waren doch nur Schein-Weibchen! Auf anderem Wege gelang es Prof. Harms in Königsberg, wirklich Männchen in Weibchen zu verwandeln. Wir wissen längst, daß die Wirbeltiere bilateral veranlagt sind; d. h. neben dem ausgeprägten Geschlecht ist das andere Geschlecht doch noch in verbleibenden Anlagen vorhanden. Die Aufgabe der Geschlechtsumstimmung ist es nun, diese ruhenden Anlagen zur Entwicklung zu bringen. Wenn die betreffende Tierart latib genua ist, muß eine Umstimmung auch noch beim erwachsenen Tiere möglich sein. Eine derartige Geschlechtsumstimmung ist Harms auf physiologischem Wege bei dem Weibchen der Erdkröte gelungen. Das Männchen besitzt in dem sogenannten Bidderischen Organ unentwickelte Reste des Eierstocks. Die Entwicklung dieser weiblichen Keimdrüse wird durch Einwirkung des Hodens unterdrückt. Wenn daher die Hoden entfernt sind, fällt die Hemmung hinweg. Aus dem Bidderischen Organ bildet sich dann ein vollständige entwickelter Eierstock, und aus anderen, früher nicht weiter ausgebildeten Organen entstehen Uterus und Eileiter, so daß nunmehr ein funktionsfähiger weiblicher Fortpflanzungsapparat vorhanden ist. Um seine Ausbildung zu erreichen, ist es nötig, den Stoffwechsel in weiblicher Richtung durch überreichliche Ernährung mit Fetten, Lipoiden und Vitaminen umzuwechseln und die Hoden zu entfernen. Auch äußerlich nimmt dann das Tier weibliches Aussehen an, da der Kopf breit und stumpf wird, wie bei anderen Weib-

weiser interessante Mitteilungen über die strategischen Absichten der Reichsputschisten:

„Mit dem Streik der nationalen Elemente untereinander ist nicht vorwärtszukommen. Unsere Parteifreunde in München und ein von Tag zu Tag wachsender Teil der dortigen vaterländischen Verbände steht auf dem Standpunkt, es muß bei der Diktatur Rahr bleiben. Sie wünschen nicht, daß er gestürzt wird und daß wieder durch neue planlose Erhebungen die nationale Sache gefährdet wird. Nach den persönlichen Informationen, die ich eingezogen habe, halte ich diesen Standpunkt für den richtigen. Rahr muß bleiben und die Regierung Anklage muß bleiben und sie werden bleiben, und Bayern muß weiter die Politik treiben, darauf kommt es an, die es bisher getrieben hat, um im Reiche andere Verhältnisse zu schaffen.“

Natürlich gebraucht Westarp zu dem Zweck eine Beseitigung der jetzigen Reichsregierung und vor allen Dingen den Hinauswurf der Sozialdemokratie aus allen Länderregierungen. Er bedauert den Widerstand der bürgerlichen Parteien namentlich in Preußen gegen diese Forderung und formuliert demgegenüber das deutschnationale Programm folgendermaßen:

„Wir verlangen im Reiche eine Regierung des nationalen Vertrauens. Da eine Regierung nicht das Vertrauen der ganzen Nation haben kann, verlangen wir eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Kreise hat, der Berufsstände, der Landwirtschaft, Industrie und der christlich-nationalen Arbeiterschaft, der Deutschnationalen Partei, der vaterländischen Verbände und der alten, guten preussischen Beamten. Das parlamentarische System hat vollständig abgemirscht. Wir werden eine Regierung haben müssen, die mit diktatorischen Vollmachten unabhängig vom Reichstage und den Parlamenten wenigstens für den Uebergang die feste, führende Hand zeigt. Es brauchen nicht Parteimänner aus unseren Reihen zu sein, aber Leute, die etwas von den Dingen verstehen. (Zurufe: Keine Juden und keine vom jüdischen Großhandel abhängigen!) Auf welchem Wege eine solche Regierung zu bilden ist, darüber kann man in öffentlichen Versammlungen nicht reden, das müssen Sie schon uns Parteiführern überlassen. Wir sind durchaus erfüllt von der Notwendigkeit, stramm aktivistisch, vorwärtsdringend das jetzige Regierungssystem zu beseitigen. Wir sind der Ansicht, daß man damit nicht mehr Wochen und Tage warten darf, daß das sofort geschehen muß, das nicht in Bayern oder anderswo eine neue Flamme hervorzubrennen.“

Westarp weiß natürlich sehr genau, daß diese Machtgelüste der Deutschnationalen nicht leicht durchzuführen sind. Er tut so — offen, bar mit Rücksicht darauf, daß er in einer öffentlichen Versammlung spricht — als wollten die Deutschnationalen auf dem Umwege über eine Reichstagsauflösung den legalen Weg beschreiten und durch Neuwahlen auf der rechten Seite die Deutschnationalen und auf der linken Seite die Kommunisten stärken (das wäre der größte Erfolg der Reaktion!), um so die Position der Sozialdemokraten und der Mittelparteien zu schwächen. In Wirklichkeit wissen die Deutschnationalen ganz genau, daß ihre Pläne nur durch Gewalt zu erreichen sind und daß ihre Regierung allerdings „nicht das Vertrauen des ganzen Volkes“ haben wird. Grotesk ist die außenpolitische Perspektive der Herrschenden. Er spricht von dem Abbruch der Verhandlungen mit Frankreich, er sieht dabei voraus, daß „der Franzose weiter vorwärts gegen den Rhein, gegen Berlin und die Hansestädte“. „Aber,“ fährt er tapfer fort:

„wenn ich die Wahl habe zwischen einer neuen feigen Kapitulation und der Möglichkeit eines solchen weiteren Vormarsches der Franzosen, so ist mir die Wahl nicht zweifelhaft, dann müßten wir eben das Risiko eines solchen Vormarsches eingehen. (Beifall.) Wenn durch den weiteren Vormarsch der Franzosen diese Tatsache vor aller Welt klar gestellt wird, dann wird sich auch das deutsche Volk zu mannhafte Widerstand ermannen.“

Das sind die Leute, die über das wirtschaftliche Elend jammern und dem Volke vorreden wollen, daß sie mit ihrer „Regierung des Vertrauens“ imstande sein werden, das Elend zu mildern. Sie werden nur eins fertig bringen, die Zerspaltung und den Untergang Deutschlands für Jahrzehnte zu sichern.

Der heßliche Landtag hat den der Regierung vorgelegten Beschlüssen über die Auflösung der Familienfideikommissionen angenommen.

Die völlige Umstimmung der Männchen in Weibchen, die stets reiflos gelingt, beansprucht bei erwachsenen Tieren einen Zeitraum von 4 bis 5 Jahren.

Der irische Dichter Yeats, mit Vornamen William Butler, ist der Träger des diesjährigen literarischen Nobelpreises. Fünf ganze Tage länger, denn sonst, haben die Herren in Stockholm nötig gehabt, um zu diesem Schiedspruch zu kommen, der ebenso wie im vergangenen Jahr, als der weitesten Kreisen unbekanntes Spanien Benadeute den Preis einheimen konnte, einigermaßen Kopfschütteln erregen wird. Von Deutschen galt in diesem Jahr Arno Holz als der ausichtsreichste Kandidat. Er mußte einem Iren weichen, der, ebenso wie der bestarmteste Dichter seines Landes, Shaw, in Dublin geboren wurde, und zwar am 13. Juni 1885. Von seinen 1908 erschienenen gesammelten Werken, die acht Bände umfassen, ist bisher nur ein kleines Buch „Erzählungen und Essays“ in die deutsche Sprache übersetzt (erschienen im Insel-Verlag, Leipzig).

Hier ist u. a. zu lesen: „Wenn die äußere Welt nicht mehr als das Grundmaß aller Wirklichkeit angesehen wird, dann werden wir die großen Leidenschaften als die Engel Gottes erkennen, und daß sie „unbeglückt in ihrer ewigen Glorie“ zu verkörpern, selbst wenn sie den Frieden und das Glück der Menschen bedrohen sollten, mehr ist als sich über die Ziele unserer Zeit unterhalten und die sozialen, humanitären oder anderen Kräfte unseres Zeitalters beleuchten oder sogar unsere Zeit, wie die Phrase lautet „zusammenfassen“; denn die Kunst ist eine Offenbarung und nicht eine Kritik.“

Dieser programmatische Satz stellt Yeats in bewußten Gegensatz zu seinem Landsmann Shaw, der Sozialist und Gesellschaftskritiker ist und der es als seine Hauptaufgabe betrachtet, seiner Zeit ein Richter zu sein, stellt ihn auch in Gegensatz zu den anderen großen Iren: Swift, Goldsmith, Wellington, denen die äußere Welt wahrhaftig das Grundmaß aller Wirklichkeit war. Inzwischen hat Irland, heute noch mehr denn je, unter der britischen Herrschaft zu leiden, stellt Männer als Richter, die nichts von Offiziers Köhnen Seidenstrümpfen und den diesen Visionen folgenden dramatischen Geschichten von Yeats wissen wollen, wie wir sie in seinen „Plays for an Irish Theatre“ finden, von denen sich einige Stücke nicht nur die englische, sondern auch die amerikanische Bühne eroberten. Dennoch — auch Shaw sagt: „Das Herz eines Iränders ist seine Phantastik“ — eine Behauptung, die sich bei Yeats als darstellt, daß jener keine Rüstel ganz aus der sogenannten Bergangenheit seiner grünen Heimatinsel nimmt, also verlassen Bürgerinnen die Schemen mutiger Reden und edler Frauen bergen. Selbst am Ruff klingt aus den Versen des preisgekrönten Dichters auf; und einen eigenen Ton findet er eigentlich nur, wenn ihm sein Herz von Strophen der Liebe überquillt.

Vorlesung. Augusten der überreichlichen Freunde-Bille veranstaltet die Buch- und Kunsthandlung Reitz & Pöhl, Meißner-Str. 1, Freitag 8 Uhr, einen Kammermusikabend. Beitz Langer wird sein neuestes Drama „Der Zweifelsampf“ lesen.

Museumführungen. Sonntag 9 Uhr vorm. finden wissenschaftliche Führungen durch Direktionsbeamten im Alten Museum (Egiphtisches Leben im Altertum) — Dr. Reugebauer) und um 11 Uhr vorm. im Kaiser-Friedrich-Museum („Vorderasien“ — Direktor Weber) statt. Eintrittskarten am Eingang der Museen.

## Bayerisch-Schlesien.

Breslau, 16. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute sind auch die sozialdemokratischen Parteiblätter in Górlitz und Oels verboten worden, so daß in diesem Augenblick fast die ganze sozialdemokratische Presse Schlesiens verboten ist!

## Zeigners Mandat.

Aus Dresden läßt sich Tl. telegraphieren: „Die gestern auf Grund von Neuzugängen, die aus der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages stammten, widerrufenen Meldung, daß der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner sein Landtagsmandat niedergelegt habe, ist wie folgt richtigzustellen: Der ehemalige Ministerpräsident Dr. Zeigner ist von der sozialdemokratischen Fraktion des Landtages aufgefordert worden, sein Landtagsmandat sofort niederzulegen. Dr. Zeigner hat die Niederlegung auch versprochen, dies Versprechen jedoch nicht eingelöst, sondern sich der Einlösung durch beschleunigten Antritt einer Urlaubsreise nach der Schweiz entzogen. In einer heute abgehaltenen Sitzung der Fraktion ist nunmehr beschlossen worden, Herrn Zeigner endgültig aufzufordern, sein Landtagsmandat ohne jedes Verzögern niederzulegen.“

Soweit Tl. Wir müssen unser Bedauern darüber aussprechen, daß die Deffektivität auf unkontrollierbare Meldungen bürgerlicher Bureaus angewiesen ist, da ein offizieller Bericht bisher fehlt. Dabei ist die Angelegenheit so ernst, daß nur auf Grund sorgfältigster Information über sie berichtet werden dürfte. Wir können den Bericht der Tl. daher weder bestätigen noch bestritten, sondern müssen uns auf die Bemerkung beschränken, daß es sich bei diesem Fall nicht um politische Meinungsverschiedenheiten handeln dürfte.

## Macdonalds Anklage.

London, 16. November. (W.T.B.) Dem gestern nachmittag im Unterhaus eingebrachten Mißtrauensvotum wurde vom Hause mit großer Spannung entgegengetreten. Macdonald, der von seiner Partei lebhaft begrüßt wurde, erklärte u. a.: Nach vierjähriger Zeit, für die die augenblickliche Regierung seit einem Jahre und gewisse Minister seit vier Jahren verantwortlich seien, sei die Regierung plötzlich zu dem Beschluß gekommen, daß eine ihrer alten Quasifabrics für eine Kur notwendig sei. Macdonald führte darüber Klage, daß der Ausfuhrkreditplan nicht auf Rußland ausgedehnt worden sei, dessen Kredit mit der Regierung des Landes selbst sich bessern würde. Die Politik der Regierung sei keineswegs eingeleitet worden durch wirtschaftliche Erwägungen, sondern durch politische Urteile. (Beifall bei der Arbeiterpartei.) Die

### Konsumfähigkeit Europas

sei viel zu niedrig und es könne kein Wiederaufleben des Handels geben, bevor sie wesentlich erhöht worden sei. Seit 1921 seien die Löhne der Arbeiterklassen um 10% Millionen Pfund wünschentlich vermindert. Die Außenpolitik der Regierung habe gezeigt, daß sie unfähig gewesen sei, Amerikas Angebot zur Mithilfe bei der Lösung des Reparationsproblems zu benutzen und daß sie in schwächlicher Weise den französischen Vorschlag angenommen habe, der auf überhaupt keine Konzession hinausläuft. Der Vorschlag Amerikas sei ein vernünftiger, gerechter und gesunder Vorschlag gewesen, aber Baldwin habe ihn verworfen. Die

### Außenpolitik der Regierung sei nervös und löpelschast

gewesen. Sie habe keinen wirksamen Protest dagegen zugelassen, daß das britische Vorgehen von den Franzosen bei ihrer Ruhrbehebung abgelehnt wurde. Sie habe zugelassen, daß die britischen Märkte in Mitteleuropa zerstört wurden

und daß eine Wirtschaftskombination gegen England gebildet war. Der Großbritannien von Frankreich geschuldete Betrag hätte wirksam in der englischen Politik eingebracht werden können und trotzdem sei Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschiert und habe die Stellung Englands zerstört. Heute sei das große Problem Englands das Problem der Sicherheit, und trotzdem schienen auf die Leute, die diese Frage stets aufgeworfen hätten, eingeschlagen. England habe keine wirkliche Haltung gezeigt, habe die Kräfte derjenigen unberücksichtigt gelassen, die darauf hoffen, daß England irgend etwas tun werde. England sei in Europa schwächer als je gewesen und trotzdem habe lebhaftere Erwartung in den Herzen der besten Leute der europäischen Völker geherrscht, daß England mehr tun werde, als je zuvor. Diese hoffnungsvollen Leute hätten den Glauben verloren, daß die großen europäischen Mächte jetzt irgend etwas zustandebringen würden und hätten.

### auf England gebildet.

bittend und beland, daß es den liberalen Geist und das gesamte liberale Gefühl in aktive Wirksamkeit umsetzen möge. Es sei die Verzweiflung Europas, daß die britische Regierung die europäische Lage nicht mit geschickter Hand anzufassen wisse. Macdonald erklärte, die Arbeiterpartei habe das Gefühl schwieriger Verpflichtungen und sie empfinde Dankbarkeit gegenüber General Smuts (Beifall) für die glänzende moralische Botschaft, die er gegen die Aktion im Ruhrgebiet erhoben habe. (Beifall bei der Opposition.)

### Eine Rede Lloyd Georges.

Nachdem Baldwin, als Antwort auf die Anklagerede Macdonalds, seine bereits in der heutigen Morgenausgabe wiedergegebene Rede gehalten hatte, ergriff Lloyd George das Wort. Er führte u. a. aus, die Rede Baldwins mache den Beschluß der Auflösung des Parlaments noch unbegreiflicher. In einem kritischen Augenblicke würde ein alter Streit wieder wachgerufen, ohne daß dafür neue Gründe angeführt würden. Es würde ein Wahlkampf veranstaltet werden, während Verhandlungen über die Wiederherstellung Europas geführt würden. Die zweite Frage die die Regierung aufs Tapet bringe entzweie nicht nur die Nation, sondern auch die eigene Partei des Premierministers. Lloyd George wies darauf hin, daß, wenn der Premierminister sich eine Woche lang dem Wahlkampf widme, er seine Aufmerksamkeit nicht der auswärtigen Politik widmen könnte. Man stehe in England in diesem Winter vor einer großen Arbeitslosigkeit. Wenn die Wähler dem Premierminister die geforderte Ermächtigung geben, werde das Schicksal gleich nicht vor dem Frühjahr eingebracht werden können. Was werde bis dahin geschehen? Die Länder, die bei Einführung eines Schutzzollens am ersten betroffen würden, könnten noch vorher die englischen Märkte mit Waren überschwemmen. Die Schutzzollpläne der Regierung würden dann zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit führen. Der Plan der Regierung sei unüberlegt und eine Gefahr für das Land.

Nach Lloyd George sprachen Simon und andere liberale sowie Arbeitervertreter gegen die Regierungspolitik. Die Debatte wurde durch den Präsidenten der Handelskammer Lord Greaves, der nachdrücklich den Beschluß der Regierung verteidigte, geschlossen. Sie führte zu erregten Szenen, ohne daß es zu einer Störung der Sitzung kam.

### Ablehnung des Mißtrauensantrages.

London, 16. November. (W.T.B.) Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei ist vom Unterhause mit 255 gegen 190 Stimmen abgelehnt worden.

Der ungarische Abgeordnete Alexander Glehwein, der eine bedeutende Rolle in den internationalen Friedensverhandlungen und verschiedenen humanitären Institutionen spielte, ist im 67. Lebensjahr plötzlich gestorben.

# Die unberechtigten Preissteigerungen.

Die künstliche Niedrighaltung der amtlichen Berliner Devisenkurse, die zu einem Mißverhältnis zwischen der ausländischen und inländischen Bewertung der Mark geführt hat, wurde vom Handel allgemein mit einer Heraussetzung der Goldgrundpreise beantwortet. Auf allen Gebieten, namentlich auch auf denen des täglichen Bedarfs, sind die Goldgrundpreise in den letzten 3 bis 4 Wochen um eine ganz erhebliche Anzahl von Prozenten entsprechend der Auslandsnotierung der Mark heraufgesetzt worden. Neuerdings aber, nachdem die Regierung das Schädliche der künstlichen Niedrighaltung des Dollars eingesehen hat und den Kurs nach dem Weltmarktstand anzupassen sucht, erlebt man das bestrebliche Schauspiel, daß ungeachtet der dem Weltmarkturs annehmbaren Goldgrundpreise jede Heraussetzung des amtlichen Berliner Devisenkurses vom Handel entweder mit neuen Preisheraufsetzungen beantwortet oder daß zum mindesten an den erhöhten Goldgrundpreisen festgehalten wird. Dieses Verfahren führt natürlich zu Preissteigerungen, die weit über das erlaubte Maß hinausgehen. An zuständiger Stelle beschäftigt man sich daher eingehend mit dem Plan, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine Senkung der Goldgrundpreise entsprechend der fortschreitenden Dollarkursanpassung an den Weltmarkt herbeizuführen. Die Wucherpolizei hat eine genaue Liste von allen Gegenständen des täglichen Bedarfs aufgestellt, bei denen die Goldgrundpreise nunmehr gesenkt werden sollen. Als Grundlage hat man dabei die Grundpreise genommen, die vor drei bis vier Wochen, also vor Einrichtung des Zwangskurses, bestanden haben. Gegenüber der Friedenszeit wird nur diejenige Verteuerung als berechtigt anerkannt, die der allgemeinen Heraussetzung aller Weltmarktpreise ungefähr entspricht.

## Der Kampf gegen den Fleischwucher.

Die Einführung von Kleinhandelsrichtpreisen im Fleischverkauf scheint sich zu bewähren, da diese Maßnahme jetzt selbst in den Kreisen der Lebensschlichter, die zuerst mit ihr absolut nicht einverstanden waren, als notwendig und gleichzeitig beruhigend anerkannt wird. Nach und nach soll das Verhältnis zu den Friedenspreisen aber wieder auf den berechtigten Stand, der beim Fleisch etwa 50 Proz. des Friedenspreises ausmachen würde, zurückgeführt. So sind die gestern festgesetzten Kleinhandelsrichtpreise, obwohl der Dollarkurs gestern Mittag um 100 Prozent in die Höhe ging, für den heutigen Freitag nur um 65 Prozent erhöht worden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß viele Lebensschlichter immer nur die oberste Grenze der festgesetzten Richtpreise, nie aber die untere beim Fleischverkauf berücksichtigen, ganz gleich, ob es sich dabei um minderwertiges oder erstklassiges Fleisch handelt. Ein solches Verfahren

## Spatenarbeit.

Einiges Novemberweiter Hts. Graue Stimmung, frühe Tage, nachts leichter Frost — dann und wann ein Sonntag, der die Hoffnung auf bessere Zeiten wach hält. In den letzten Jahren hatte der Winter sich schon stark im November bemerkbar gemacht; der Boden froz zu und gefaltete schwer die Bearbeitung. Diesmal ist die Bearbeitung geradezu ideal zu nennen. Der Boden ist durch die vorhergegangene Feuchtigkeit locker geworden; das Graben geht flott vonstatten. Daher geht an die Spatenarbeit! Der Acker soll im Winter in rauher Scholle liegen, damit der Frost ihn gut durchmüht. Wer über Mist verfügt oder einen alten Kompost sein eigen nennt, tut gut daran, ihn zu streuen und unterzugraden. Das gewöhnliche Unkraut kann mit eingebuddelt werden; dagegen sollte jede Bebe herausgeklammert werden. Neue Samen der Erde anzuvorziehen, ist noch zu früh; selbst der größte Fanatiker des Frühjägers nimmt jetzt noch davon Abstand. Die Hauptsache ist, den Boden gut bereit zu halten, dann kann je nach dem Weiterausgang des Winters mit den ersten Kulturen: Erbsen und Mohrrüben begonnen werden. Also fleißig den Spaten schwingen — der Bohn kommt später!

Schützt eure Gärten vor Raupenfraß! Der Polizeipräsident macht im Interesse der Gesamtbildung darauf aufmerksam, daß nach einer Polizeiverordnung vom 13. April 1901 in allen Gärten, Baumgärten, Parkanlagen und Alleen bis spätestens 15. März sämtliche Bäume und Sträucher, und zwar die Stämme mindestens bis zur Höhe von 6 Meter über dem Erdboden von dem Eigentümer, Pächter, Kumpfeier und Verwalter von Raupenestern sowie von Schmetterlingsarten zu befreien sind. Das Gleiche gilt von den Einfriedigungen beplanter Grundstücke (Mauern, Lattenwände, Säune, Hecken usw.). Die Raupenester, Puppen und Eier der schädlichen Schmetterlingsarten sind durch Verbrennen oder Zerdrücken zu vernichten.

## Neue Verdoppelung der Postgebühren.

Ab 20. November.

Unter dem Zwange der außerordentlichen Geldentwertung hat die Postverwaltung die seit dem 12. November geltenden Postgebühren vom 20. November an verdoppeln müssen. Die Erhöhung erstreckt sich auf sämtliche Hauptgebühren im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreibung, Vorzeigen von Aufträgen und Nachnahmen, Einziehung usw.). Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 20. November 20 Milliarden Mark, die Fernpostkarte 10 Milliarden Mark, die Drucksache bis 25 Gramm 4 Milliarden Mark und die Einschreibung 20 Milliarden Mark. Ausgeschlossen von der Verdoppelung bleiben die Zeitungsggebühren, die Gebühr für Blindenschriftstempelungen, die Versicherungsgebühr für Einschreibungen und Auszahlungen im Postschleppverkehr, die Postanweisungsggebühr.

Der Reichspostminister hat dem Kabinett den Entwurf einer Verordnung über die Umstellung des Postschleppverkehrs auf Rentenmark zugehen lassen. Zweifellosg liegt es im dringenden Bedürfnis der Wirtschaft, so schnell als möglich einen verbleibenden Ueberweisungsvorteil einzuführen. Da es wegen der Betriebs- und Raumverhältnisse der Postschleppämter nicht möglich ist, neben den in Papiermark geführten Konten wertbeständige Konten in größerem Umfang zuzulassen, sieht der Verordnungsentwurf vor, den gesamten Postschleppverkehr in den ersten Tagen des Dezember auf Rentenmark umzustellen. Vom 6. Dezember ab werden die Postschleppkunden voraussichtlich über ihre Guthaben in Rentenmark verfügen können. Den Postschleppkunden geht nähere Nachricht von den Postschleppämtern zu. Die Ueberweisungen und Schecks werden dann auf Rentenmark ausgestellt. Die Zahlkarten hätten bereits vom 3. Dezember auf Rentenmark zu laufen. Bei der Einzahlung werden neben Rentenmark bis auf weiteres auch die Anleihebriefe und Zwischenscheine bis 21 Mark (5 Dollar) der wertbeständigen Anleihe des Deutschen Reichs in Zahlung genommen werden. Ferner wird die Postverwaltung vom 1. Dezember ab neben den auf Papiermark lautenden Postanweisungen im Inlandsverkehr auch Postanweisungen auf Rentenmark einzuführen.

Ein Raubüberfall mit Befähigung wurde in dem Hause Franckstraße 85 verübt. Gegen 10 Uhr vormittags klingelte es bei der Witwe Anna Sandow. Als sie ahnungslos öffnete, trat ein ihr unbekannter Mann ein und teilte ihr mit, daß ihr Neffe schwer erkrankt sei. Während der kurzen Unterhaltung hielt er ihr dann plötzlich eine Flasche mit einem Betäubungs-

mittel unter die Nase, so daß sie in Ohnmacht fiel. Als sie wieder zu sich kam, war der Besucher, der die Erkrankung des Neffen nur vorgeplappert hatte, verschwunden. Er hatte der Betäubung zwei Ringe vom Finger gestohlen und dazu auch noch eine goldene Damenuhr geraubt. Der eine Ring ist aus Dukotengold und 5. ff. gezeichnet. Der andere ist ein Eingelring mit rotem Stein. Die Uhr hatte der Räuber im Rückenstrang gestohlen. Er ist etwa 1,60 Meter groß, ungefähr 30 Jahre alt, und trug einen dunklen Ueberzieher und einen Schillerfrocken.

## Der neue Brotpreis.

Vom heutigen Freitag ab kostet das graue Brot 420, das weiße 480 und die Schrippe 18 Milliarden Mark.

Die ungeheure Geldentwertung, die wieder Blünderungsgefahren mit sich bringt, hat das Kommando der Schutzpolizei zu besonderen Vorkehrungen veranlaßt. Sie hat für die Beamten die höchste Bereitschaft angeordnet. Schon gestern abend, als kurz nach dem Bekanntwerden des rapiden Marksturzes im Publikum auch noch verbreitet wurde, daß die Rentenmark wahrscheinlich erst nach 8 Tagen in den Verkehr kommt, zeigte sich überall eine gewisse Erregung, die an vielen Stellen in heftige Aufritte ausartete. In verschiedenen Geschäften glaubte man, daß man jetzt schon Rentenmark fordern dürfe und kein Papiergeld mehr zu nehmen brauche. Weil aber die Kundenschaft fast ausschließlich nur Papiermark hat, so kam es wiederholt zu Zusammenstößen, die aber immer friedlich gelöst wurden. Waren, die bisher schon über Goldpreis standen, sind abermals so emporgeschneit, daß es vielen Leuten gar nicht mehr möglich ist, mit den Preisen mitzukommen. So ist nach den Richtlinien für heute der Preis für ein Graubrot auf 70, Goldpennig gleich 420 Milliarden Papiermark und für ein Weißbrot auf 80 Goldpennig gleich 480 Milliarden Papiermark festgesetzt. Dabei blüht der wilde Devisenhandel wie nie zuvor. Trotz der vielen Razzien im neuen Scheunenviertel in Berlin treiben die wilden Devisenhändler dort nach wie vor ihr Unwesen. Sie reihen und fallen die Personen in einer Weise an, die man bisher noch nicht gefannt hat.

## Wieder neue Verkehrstarife.

Die Berliner Straßenbahn wird ab morgen wiederum ihren Tarif erhöhen und folgende Fahrpreise erheben: Umsteigefahr 70 Milliarden, Rinderfahrkarte 35 und der Uebergangsfahrkarte zur Hochbahn 120 Milliarden.

Die Hoch- und Untergrundbahn nimmt folgende Fahrpreise: In der dritten Klasse 50 und 70, in der zweiten 70 und 90 Milliarden. Bocks zu zehn Korben 450 und 630 bzw. 630 und 810 Milliarden. Die Wochenkarte zu 6 Fahrten kostet 350 und 450 Milliarden.

Volksverfall und Schulgefährdung! In einer stark besuchten, von der Volkshilfe des 18. Verwaltungsbezirks einberufenen öffentlichen Elternversammlung, in welcher Genosse Professor Destrécher referierte, wurde folgende Entschließung angenommen, die Unterbrechung der schädlichen Sparmaßnahmen im Schulwesen verlangt. Sie erwartet, daß die Mittel für das Erziehungswesen vom Reich und Einkommen und durch produktive Reformen aufgebracht werden. Jeder Versuch, den Staat zu retten, indem man die Grundsubstanz unserer Volkskraft, die Jugend, verkommen läßt, sei zu verdammen.

Die Freunde und Förderer der Montessori-Methode tagen heute, Freitag, den 16. November, im Bürgercafé des Stadthauses, Klosterstraße, Ecke Stralauer Straße. Die Tagung beginnt pünktlich um 8 Uhr, und sie bringt vor allem einen interessanten Lichtbildervortrag: „Ein Blick in das Montessori-Kinderhaus“ und einen gedrängten Bericht der Leiterin über: „Acht Monate Arbeit und Freude im Montessori-Kinderhaus“. Ferner wird über den Anruf zur Ausbildung von Lehrkräften referiert werden. Das Erscheinen aller Mitglieder der Gesellschaft der Freunde und Förderer der Montessori-Methode ist dringend geboten. Gäste sind herzlich willkommen.

Zur Nachbesserung empfohlen! Die im Strenger-Konzern, Neue Friedrichstraße 36, zusammengeschlossenen Firmen Reich u. Wilmann, Hans Lübeck u. Co., Wolfenstein u. Co., Benno Schwabe, Dienstag u. Wolff, Ignaz Reumann, Strenger Legit u. Co., Symplein u. Alexandrowitsch haben sich durch Ueberweisung von Wäsche und Gegenständen des Hausbedarfs zu einer wertvollen Spende für das Säuglings- und Kleinkinderheim, Landsberger Straße 50, vereinigt. Das Bezirksamt Mitte, dem diese Spende überwiesen wurde, hat den Spendern seinen wärmsten Dank ausgesprochen. Die Firma Gebrüder Grumach, Königstraße 57-59, hat dem Bürgermeister Schneider des Bezirksamts Mitte für die Erwerblosenfürsorge des Bezirkes 50 Duzend Socken und für das Säuglings- und Kleinkinderheim des Bezirks Berlin-Mitte ein umfangreiches Paket mit wertvoller Säuglingswäsche geschenkt.

Universitätsprofessor Genossin Dr. Anna Siemsen-Rena spricht heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Rahmen der Redeveranstaltungen des Deutschen Pädagogischen Studienbundes: „Der Ruf zum Sozialismus“.

Deutscher Monistenbund, Crispinstraße Berlin. Heute, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Werner-Siemens-Realschulmanns: Vortrag von Prof. Dr. W. Döb über: „Menschenaffen und ihr Verhältnis zum Menschen“, mit Lichtbildern. Eintritt 10 Goldpennige und Unkostenbeitrag für Lichtbilder.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Cannstadt.

Sieben Tote, zwanzig Verletzte.

Auf der Strecke Untertürkheim-Kornwestheim ereignete sich gestern abend gegen 6 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Bei Einbruch der Dämmerung fuhr auf einem solchen Gleis eine Güterzuglokomotive auf einen in voller Fahrt entgegenkommenden Arbeiterzug auf. Die Wirkung war furchtbar. Beide Lokomotiven wurden stark beschädigt, und die zwei ersten Wagen des Arbeiterzuges, von denen der erste als Schutzwagen diente und leer war, ineinandergehoben. Sieben Insassen des zweiten Wagens wurden getötet, zwanzig weitere Fahrgäste verletzt. Der Lokomotivführer des Personenzuges befindet sich ebenfalls unter den Toten. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Goldmarkpreise und Goldmarklöhne.

Der Reichsarbeitsminister wird systematisch dahin gewirkt, daß Demobilisierungskommissionen und andere Schlichtungsstellen bei Verhandlungen auf „Goldmarkbasis“ die Bühne unter den Friedenslohn bestimmen, jedenfalls nicht höher als 80 Proz. des Friedenslohnes. Wenn damit gemeint sein sollte, daß das Realeinkommen für Arbeiter in Goldmark umgerechnet, 80 Proz. des Friedensrealeinkommens betragen soll, dann liegt sich zur Not darüber reden. Allerdings gab es vor dem Kriege große Arbeiterschichten, insbesondere die der Landwirtschaft, und der Hausindustrie, denen es unmöglich war, durch gewerkschaftliche Kämpfe auskömmliche Löhne zu erringen. Diese Schichtlöhne müssen natürlich erhöht und nicht herabgesetzt werden. Der Reichsarbeitsminister verkennet gleichfalls, daß sich die Weltmarktlöhne seit 1914 gehoben haben. Aber das zunächst nur nebenbei. Worauf es uns hier besonders ankommt, ist die Tatsache, daß man den Stundenlohn einer beliebigen Gruppe von Arbeitnehmern, der 1914 bezahlt wurde, zur Grundlage nimmt, um dann mit Hilfe der ganz willkürlichen Goldmarkrechnung, die sich aus der Umrechnung der Berliner Börsennotierungen ergibt, einen sogenannten „Goldlohn“ festzusetzen, der nicht 20 Proz., sondern in Wirklichkeit 50 bis 75 Proz. hinter dem Friedenslohn zurückbleibt. Man verkennet nicht allein die Tatsache, daß der Dollar von 1923, der als Wertmesser für die sogenannten Goldlöhne genommen wird, etwas anderes ist als der Dollar von 1914. Man verkennet auch weiter, daß wir infolge unseres Währungsabsturzes nicht allein ganz willkürliche Goldpreise haben und daß diese Goldpreise fortgesetzt schwanken, richtiger gesagt gesteigert werden. Als Beweis hierfür diene folgendes Rundschreiben einer bekannten Automobilfirma an ihre Filialen, das vom 9. November datiert ist und folgenden Wortlaut hat:

„Wir haben Ihnen am 7. d. M. telegraphiert: „Sämtliche Goldmarkpreise ungültig“. Diese unsere telegraphische Mitteilung bezieht sich, wie wir ausdrücklich hervorheben möchten, nicht bloß auf die Preise fertiger Fahrzeuge, sondern auch auf Ersatzteile. Durch die wesentliche Berlin-Börsennotierung des Dollars sind gegenüber der Auslandsbewertung der Mark, die vielfach ebenso hoch wie die Berliner Notierung ist, Verhältnisse geschaffen, welche letzten Endes darauf hinauslaufen, daß das, was als „Goldmark“ angeprochen wird, nicht mehr der Friedensgoldmark, von welcher 4,20 M. = 1 Dollar waren, entspricht, sondern einen wesentlich geringeren Wert darstellt. Die Folge davon war auch, daß in den letzten Tagen ein Papierkaufsturm eingeleitet hat, der die trübseligsten Formen annahm, insbesondere wurden zur Bezahlung der Wagen Effekten angeboten, weil die Effekten anfangs der Woche sich in ihrer Bewertung der Mark im Ausland angeklaffen hatten.

Während vorgestern, am Auslandskurs der Mark gewessen, die sogenannte „Goldmark“ auf ein Fünftel des Wertes sinken, ist sie heute nur noch auf etwa ein Drittel entwertet. Würde dieses Wertverhältnis von etwa 1:3 bestehen bleiben, was sich nicht voraussehen läßt, so müßten unsere Goldmarkpreise durchweg verdreifacht werden, jedenfalls aber scheiden sie, so wie sie bisher angelegt waren, als Grundlage für weitere Verkäufe vollständig aus. Wir haben hier heute eine Anzahl Verkäufe zum dreifachen Goldmarkbeitrag abgeschlossen, sind aber nicht in der Lage, weil sich die Verhältnisse nicht übersehen lassen, unseren Vertretern auch nur auf 24 Stunden einen festen Multiplikator für unsere Goldmarkpreise anzugeben. Die Außenstellen können aber an Hand der Londoner Börsennotierung der Mark den Multiplikator selbst annähernd berechnen. Die einzige Möglichkeit, vielleicht das eine oder andere Geschäft in diesen vollständig unsicheren Zeiten abzuschließen, wäre die, daß uns seitens der Außenstellen auf schnellstem telegraphischen Wege Angebote der Kundschafft in Goldmark zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werden. Während das gegenwärtig geschehen wird, könnte als Multiplikator die Zahl 3, wie oben gesagt, in Betracht kommen. Ob sie morgen noch den Verhältnissen entspricht, läßt sich nicht übersehen.

Lezten Endes hat die von der Reichsbank in Berlin für gut befundene Notierung der Goldmark im Zusammenhang mit den Zwangsverordnungen zur Papiergeldbannahme nichts anderes zur Folge, als die Notwendigkeit für die Industrie, ihre Preise zu erhöhen, weil tatsächlich mit dieser Notierung die sogenannte „Goldmark“ ebenso der Entwertung freigegeben wurde, wie seinerzeit die Reichsmark. Mit anderen Worten: der Verkauf mit unserer Goldmarktafel, wie er früher bei der Preisstellung in Papiermark üblich war, erweist sich bereits mit der sogenannten „Goldmark“ als notwendig. Wir hoffen und wünschen, daß die nächsten Tage schon so viel Klarheit bringen, daß wir den Außenstellen wieder Preise, welche mit einiger Sicherheit der Kundschafft bekanntgegeben können, an Hand geben können. Inzwischen müssen wir es vorziehen, lieber nicht zu verkaufen, als Verlustgeschäfte zu machen.

Soweit das Rundschreiben der Firma an ihre Filialen, das eines weiteren Kommentars kaum bedarf. Es geht daraus nicht allein hervor, daß die „Goldmark“ von heute, wie sie nach dem amtlichen Dollarkurs errechnet wird, grundsätzlich verschieden ist von dem Markkurs im Ausland und daß auch der Markkurs im Ausland etwas anderes ist als die Goldmark von 1914. Es geht auch weiter zur Evidenz daraus hervor, daß die Industrie nicht daran denkt, sich an der amtlichen „Goldrechnung“ zu halten, wonach ein Dollar nach der Berliner Börsennotierung gleichbedeutend wäre mit 4,20 von 1914. Die logische Schlussfolgerung, die sich daraus ergibt, ist die Ablehnung von sogenannten Goldlöhnen, die die willkürliche Goldrechnung in Vergleich bringen mit den Friedenslöhnen. Ein Vergleich ist nur möglich auf Grund der realen Kaufkraft auch der sogenannten „Goldmark“.

## Die Beamtenvertreter beim Reichsanwalt.

Der Reichsanwalt empfing am Mittwoch die Vertreter der Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenschaft, die ihn über die herrschende Erregung, die in der Beamtenschaft über die Fragen der Beamtensoldierung, der Arbeitszeit und des Beamtenabbaues herrscht, unterrichteten. Der Sprecher der Beamten trat ein für die

Aufrechterhaltung des Schikulentages, gegen die Beschränkung der Rechte der Beamtenschaft durch die Personalabbauperordnung, erinnerte an das Beamtenbetriebsrätegesetz und schloß die vorzugswürdige Lage der Beamten in den besetzten Gebieten. Der Reichsanwalt erklärte die Haltung der Reichsregierung aus der gesamten politischen und finanziellen Lage des Reiches, versicherte aber gleichzeitig, daß es nicht die Absicht der Regierung sei, an den Grundlagenden des Berufsbeamtentums zu rütteln. Auf Grund dieser gegenseitigen Aussprache werden die einzelnen Verbände erneut Stellung zu den sie berührenden Fragen nehmen.

## „Gold“-Löhne nur für „Gold“-Arbeit!

### Zum Konflikt im Bankgewerbe.

Der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Oberregierungsrates Dr. Goldschmidt tagte gestern, nachdem vergeblich versucht worden war, eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Ein Schiedspruch kam jedoch nicht zustande, sondern die Verhandlungen wurden auf heute mittag 1 Uhr vertagt. Der Reichsverband der Bankleitungen verhielt sich gegenüber der Forderung nach Goldlöhnen ablehnend. Er ist der Meinung, daß Goldlöhne nur dann gezahlt werden könnten, wenn die Angestellten dafür sogenannte Goldarbeit leisteten, d. h. den achtstündigen Arbeitstag preisgeben und sich zu einer Arbeitszeit bis zu 12 Stunden bereit erklären. Diese Auffassung des Reichsverbandes wurde natürlich von den Angestelltenorganisationen scharf abgelehnt. Die Aussichten für einen annehmbaren Schiedspruch scheinen sehr ungünstig zu sein.

Wertbeständige Arbeit wird zwar im Bankgewerbe nicht geleistet, aber doch Arbeit, die für die Bankgesellschaften wertbeständig ist. Diese Wertbeständigkeit würde zweifellos erheblich vermehrt, wenn die Angestellten die Überstunden ohne jegliche Entschädigung in „normaler“ Arbeitszeit von 12 Stunden leisteten. Die achtstündige Arbeitsleistung stellt jedenfalls eine reelle Leistung dar, wofür die Papiermark keine gleichwertige Gegenleistung bietet. Von „Gold“ sind auch die Goldlöhne noch recht weit entfernt. Um so unverständlicher ist der Standpunkt, die Forderung nach realer Entlohnung nur dann zu erfüllen, wenn außer der schlecht bezahlten achtstündigen Arbeitszeit noch mehrere Stunden unbezahlter Arbeitszeit abgedient werden. Das bedeutet nichts weiter als einen Versuch, die Notlage der Angestellten auszunutzen, um längere Arbeitszeit von ihnen zu erpressen.

## Die Lohnmehrzahl des Reiches.

Auf Grund der gestern in Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter wurde die Lohnmehrzahl für die Arbeiter für die laufende Woche auf 40 Millionen und die Mehrzahl für die Beamtenbezüge auf 82 Millionen für das dritte Monatsviertel festgestellt. Die Zahlungen ermöglichen sich um die bereits wertbeständig gezahlten Teile.

## Generalversammlung des Verkehrsbundes.

Am Dienstag tagte im Generalkonferenzhaus die Quartalsgeneralversammlung der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Verkehrsbundes. Dem vom Bevollmächtigten Dr. Mann gegebenen Geschäftsbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Tätigkeit der Ortsverwaltung im 3. Quartal war zum größten Teil dem Abschluß von Wohnabkommen gewidmet. Wenn nicht jeder Wunsch der Mitglieder erfüllt werden konnte, liegt das an den wirtschaftlichen Verhältnissen, die selber oft den Unternehmern die größten Schwierigkeiten gaben. Um Zeit und Arbeitskräfte zu sparen, sind in letzter Zeit für die einzelnen Branchen gemeinsam Wohnverhandlungen vorgenommen worden, die in engstem Einvernehmen mit den Funktionären geführt, gute Resultate zeigten.

Bei den Goldlohnverhandlungen strebten die Arbeitgeber wieder danach, die alte Kluft zwischen den Einkommen der gelernten und der sogenannten ungelerten Transportarbeiter herzustellen. Dr. Mann betonte den Willen der Verbandsleitung, dem mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzuarbeiten. Die schlechte Konjunktur verursachte, daß der, was sonst um die Weihnachtzeit Ausbüssen eingestellt wurden, jetzt Entlassungen vorgenommen werden. Die von gewisser Seite abfällig in die Welt gesetzte Behauptung, die Organisation stehe vor dem Zusammenbruch, wurde von Dr. Mann mit dem Hinweis auf die um 6589 gesteigerte Mitgliederzahl und die Einführung von Goldbeiträgen zerstreut, durch die die Organisation wieder finanziell auf eine gesunde Basis gestellt werde. Redner warnte am Ende seines Berichts die Kollegen vor dem Abschluß von Haustarifen, die in letzter Zeit von den Arbeitgebern mit der Absicht, den Manteltarif hinjählig zu machen, gern eingegangen werden.

Derassenbericht zeigt das durch die gewaltige Geldentwertung gebotene Bild. Das vom Obmann der Revisoren beantragte Entlastung wurde beschlossen.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Ortsverwaltung von allen Rednern anerkannt.

Bei der Erledigung eingegangener Anträge wurde zunächst beschlossen, die Erwerbslosen- und Krankenunterstützung einzustellen; die Zustimmung des Bundesvorstandes soll eingeholt werden. Eine Entschädigung, die einstimmige Annahme fand, spricht den streikenden Buchdruckern die weitgehendste Sympathie aus und protestiert gegen Streikverbote, von welcher Regierung sie auch kommen mögen.

Der Mindestwochenlohn für Maurerpoliere, Zimmerpoliere und Betonpoliere beträgt vom 7. bis 13. November 7031 Milliarden Mark. Wo höhere Löhne als der Mindestlohn gezahlt wurden, erhöhen sich dieselben um 54,8 Proz. Der Mindestwochenlohn für Schachtmeister beträgt 7012 Milliarden Mark.

Lohnsatz für die Berliner Landwirtschafsgärtner. Die Stundenlöhne betragen in Milliarden Mark ab 12. November: Gärtner im 1. Jahre der Brauchentätigkeit unter 20 Jahren 148, über 20 Jahre 158; Gärtner nach einjähriger Brauchentätigkeit 158 bzw. 168; Obergärtner und Anpflanzler 172; Arbeiter 146 bzw. 158; Frauen 102. Die Bandzulage beträgt pro Tag 501. Soweit die Möglichkeit vorliegt, ist ein Drittel des Lohnes wertbeständig zu zahlen.

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland. Die Zahl der unterstützten Vorkriegslosen betrug im Reichsgebiet ohne besetzten Gebiet am 1. November 877 262 (gegen 692 813 im 15. Oktober 1923), die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter 1 676 435 (gegen 1 488 121 im 15. Oktober 1923). Hierin sind jedoch die Erwerbslosen, die keine Unterstützung mehr beziehen, nicht einbezogen. Demnach dürfte sich die Gesamtzahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter auf vier bis fünf Millionen belaufen.

# Wirtschaft

## Deutschlands Außenhandel im September.

Noch immer war der Verkehr der Rheinlande und des Ruhrgebiets mit dem unbesetzten Deutschland aufs äußerste beschränkt, jedoch eine zuverlässige Ermittlung der Größe des deutschen Außenhandels wie in den Vormonaten unmöglich gewesen ist. Die folgenden Zahlen und Vergleiche können deshalb nur mit Vorbehalt aufgenommen werden. Es betrug die

	Einfuhr	Ausfuhr		
	Mengen in 1000 Doppelzentnern			
	Septemb. August	Septemb. August		
Gesamt	34 198	41 208	11 426	10 745
darunter:				
Lebensmittel und Getränke	2 819	2 881	701	948
Rohstoffe und halbfertige Waren	29 839	36 840	7 429	5 963
Fertige Waren	1 527	1 527	3 296	3 833

Bemerkenswert bei der Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken ist das starke Anwachsen der Fleischzufuhr in diesem Monat, deren Hauptanteil von Getreidefleisch und einfach verarbeiteten Speck bestritten wird, ebenso der Einfuhr von Schmalz. Andererseits ist ein starker Rückgang der Einfuhr von Reis und ein geringer Rückgang derjenigen von Mollereierzeugnissen zu verzeichnen, obwohl die Einfuhr an diesen letzteren immer noch mehr als das Siebenfache des Monatsdurchschnitts des Vorjahres beträgt.

Bei Rohstoffen und halbfertigen Waren ist ein abermaliges Ansteigen der Einfuhr von Bau- und Kahlholz zu verzeichnen, andererseits ein starker Rückgang der Rohstoffe für die Papiererzeugung, zugleich aber auch eine Erhöhung der Ausfuhr von Zellulose und ein Rückgang der Ausfuhr von Papier und Papierwaren. Die Einfuhr von Rohstoffen hat sich weiter vermindert. Schließlich ist in diesem Monat aber auch ein erheblicher Rückgang der Einfuhr an Steinkohlen und Braunkohlen festzustellen. Nichtsdestoweniger beträgt die Einfuhr an Steinkohlen mit 16 019 130 Doppelzentnern noch immer etwa 153 Proz. der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres. Der außerordentliche Rückgang in der Einfuhr an Braunkohlen ist ein zufälliger und bedingt durch den während der ganzen Dauer der Berichtszeit auf den ischekoslovakischen Gruben herrschenden Streik. Die Einfuhr von Koks hat sich dagegen noch weiter, wenn auch in etwas geringerem Umfang als früher vermehrt. Sie beträgt nunmehr fast das Fache der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres. Zum ersten Male seit längerer Zeit ist ein Ansteigen der Einfuhr an Eisenerzen und Manganerzen zu beobachten. Aber diese erreicht doch erst einen geringen Bruchteil der Monatsdurchschnittseinfuhr des Vorjahres. Die Einfuhr an Eisenerzen wuchs nämlich auf 3 672 270 gegenüber 1 202 410 Doppelzentnern im Vormonat und 1 178 110 Doppelzentnern im Monatsdurchschnitt des Vorjahres, diejenige an Manganerzen auf 67 620 gegenüber 2950 Doppelzentnern im Vormonat und 249 250 Doppelzentnern im Monatsdurchschnitt des Vorjahres.

Bei den Fertigwaren ist im allgemeinen sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr ein Rückgang zu konstatieren. Insbesondere hat die Ausfuhr von Maschinenteilezeugnissen und Eisenwaren eine Verminderung erfahren, und zwar von 915 470 auf 797 830 Doppelzentner, während sie im Monatsdurchschnitt des Vorjahres 1 930 020 Doppelzentner betrug. Ebenso hat die Ausfuhr an Maschinen, die schon im Vormonat rückläufig gewesen ist, nachgelassen. Sie betrug 206 920 gegenüber 246 890 Doppelzentnern im Vormonat und 399 140 Doppelzentnern im Monatsdurchschnitt des Vorjahres. Bemerkenswert ist auch, daß die Einfuhr von Roh- und Braunkohlen sich wiederum vermindert hat, die Ausfuhr zugleich gestiegen ist.

Ruhrbelegung und Schweizer Maschinenindustrie. In der Generalversammlung der Lokomotivfabrik Winterthur machte Direktor Dr. Dengler u. a. folgende Ausführungen:

Zusammen mit den Hütten in Lothringen haben die Werke des Ruhrgebietes seit Jahrzehnten unserer Industrie die Baustoffe zu ihren Fertigfabrikaten geliefert, und zwar nicht nur gewisse Qualitäten Rohstoffs, sondern auch das zur Weiterverarbeitung benötigte Halbzeug und Walzmaterial, die Kurbelwellen zu untern Rotoren, alle Sorten Zylinder, sämtliche Kessel- und Konstruktionsbleche und endlich auch Eisenbahnmateriale, wie Achsen, Bandagen, Federn, sogar fertige Radläufe. Alle diese Erzeugnisse wurden in qualitativ hochwertiger Ausführung mit voller Garantie für die Güte, Zuverlässigkeit und Lebensdauer des Materials geliefert. Die Fertigindustrie konnte auf diesem Material weiterbauen und unsere Konkurrenzfähigkeit war nicht zum geringsten Maße bedingt durch die Promptheit und absolute Zuverlässigkeit, mit der uns diese langjährigen Lieferanten bedient hatten. Dazu kam noch die von den deutschen Werken verfolgte Preispolitik, die darin tendierte, uns durch Gewährung möglichst vorteilhafter Konditionen als Abnehmer zu fesseln. (Der Auslandsabkauf wurde von der deutschen Schwerindustrie immer bevorzugt. Red.) Alle diese Verhältnisse wurden durch die Ereignisse an der Ruhr fählig gestört. Für die Lokomotivfabrik allein sind Bestellungen von über 1000 Tonnen Material blockiert worden. Mit Unterstützung der Schweizerischen Behörden und deren konsularischen Vertretern ist es gelungen, die sämtlichen Kommissionen herauszubringen. Gleichzeitig unternahm die Lokomotivfabrik auch Schritte, an Stelle der voraussichtlich für längere Zeit außer Betracht fallenden Werke des Ruhrbezirks andere Bezugsquellen heranzuziehen. Verhältnismäßig rasch konnte sie — freilich zu höheren Preisen — aus den Hütten- und Walzwerken in der Tschechoslowakei, in Frankreich und Lothringen, teilweise auch aus englischen Werken beschaffen, was bisher die Ruhr geliefert hatte, und so die Ausführung der Aufträge sicherstellen.

## Briefkasten der Redaktion.

G. v. M. H. H. Das Reichsamtengesetz regelt die Frage nicht. Nachgehend ist der Vertrag, den der Verlag mit dem Hausverleger abgeschlossen hat, u. a. 49. Die Abgabe ist richtig vorgenommen worden. — Was 366, 1. Die Frage ist richtig. Unseres Erachtens müssen die Belege an einem Ort vorgelegt werden, der sich innerhalb des Landes befindet. 2. Wenn ein Teil der Mittelbarkeit auf Trennung beruht, muß diese erfolgen. Trennungsmittel können durch Einleitung des Trennungsverfahrens herbeigeführt werden. Das Bild ist ohne jede Bedeutung.

Verantwortlich für Politik: Gust Kruse; Wirtschaft: Arthur Gierhaus; Gewerkschaftsbewegung: A. Gierhaus; Redaktionen: Dr. John Schlimm, Robert Schöler und Conrads; Reichsamtengesetz: Dr. Gierhaus; Briefkasten: Dr. Gierhaus; Verlags-Verwaltung: Dr. Gierhaus, Berlin, Unter den Eichen 17.

**Reste-Haus**  
**C. Pelz**  
Katharinen Str. 3  
Anzugstoffe  
Kostümstoffe  
Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Saidenstoffe  
Mantel, Kostüm  
Hüde  
2% Rabatt!

Preiswertes Angebot!  
Engl. Leder-  
Manchester-  
Arbeits-  
Gestricke  
Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge  
auch einzelne Knaben-Hosen  
München-Glad. Hosen-Zentrale  
NW. 57, Beusselstr. 39, Blauer  
Laden, am Ringbahnhof Beusselstr.  
Fahrgeleitvermittlung  
**Marken-Zigaretten**  
Tabake, Zigarren  
Barbary, Jolly, Wodden, Salem, Dalm.  
Reemster, Constanth, Zeynep und viele  
andere Marken wohl unter Zugverschie.  
Tabak-Großhandlung H. Riesenhandig,  
Fennstr. 31, am Ringhof, Tel. No. 1706

**Bettwäsche**  
**Wäschestoffe**  
Handtücher, Hemd-  
gestricke, Damast,  
Bism. u. Linnen,  
Zechen, Imolete,  
Bettlaken usw.  
zu konkurrenzlos  
billigen Preisen  
Wäschefabrik Ebnow  
Krahlitz, Krefeldstr. 31  
(an d. Hermannstr.)

**Marken-Zigaretten**  
zu äußerst günstigen Preisen  
**Hei-Ko, Wiener Straße 8.**  
Korn- u. Rohr-Möbel  
Eig. Fabrik, stets her-  
vorratig. Neu, Gr. Aus-  
wahl. Billige Preise  
Korn- u. Rohr-Möbel  
Berliner Str. 14, Nähe  
Hermannplatz - Tel.  
Neukölln 2864 Repar.  
auswärtig Korwaren

**Arno Geßner**  
Werktstr. 21. Teleph. Moabit 2114.

**Milliarden sparen Sie**  
bei ERICH SCHULZ  
Neukölln, Kals. - Feldstr. 223  
an der Weichselstr.  
Für den Winter: Strumpfwaren, Kleiderstoffe, Trüben, Kinderwä-  
rmer, Wollwaren, Damen-Schleier,  
Wolle, Häkarn.  
**Metallbetten**  
Stahlmatt, Kinderbetten etc. an Priv.  
Kor. 30A frei. Eisenmöbel, Stahl-Tisch  
Kerentellen, Kerzen, Schmelzeisen,  
Schneerührer und Collettschellen.  
Verkauft erfolgt nur an Winterabend.  
Unter Beschäft. ist 1 Minute vom  
Klempnerwerk entfernt. Geben Sie also  
durch die Winterabend-Loge und lassen  
Sie sich unsere Preisliste, wo Sie sich  
Kasseler & Co., Seltene-Größen-Handlung,  
Bl. 10 18, Elisabethstr. 22, Amt 18/50

**Korsette**  
Verkauf  
Reparatur, Maß-  
anfertigung  
Fr. C. Bangartz,  
Krahlitz, Krefeldstr. 31.  
**Garderobe**  
Für Damen und  
Herren noch  
preiswert auf  
Teitzahlungen!  
Gard. Krefeld  
Krahlitzstr. 6  
am Nollendorfpl.

**Wächter!**  
Wir suchen für unsere Fabrikanlagen  
einige zuverlässige, nur bestens em-  
pfohlene Wächter, außerdem einen  
energie-reichen Kontrollbeamten.  
Mittelschwere Folgearbeiten-Gesellschaft  
Dr. Richard Orless & Co.  
Sta.-Nö.-Schönhausen, Zühlharth. 2011.  
**BÜCHER GESUCHT**  
Wir sind ständige Abnehmer  
von antiquarischer besonders  
sozialistischer Literatur.  
VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT  
W. 15, Sächsischer Str. 7 — Platzburg 3140